

Zahlmeister Italien

Schon vor der Corona-Krise galt Rom als Kostgänger Europas.
Was für ein Irrtum! Von Ralph Bollmann

Es ist an der Zeit, ein paar Dinge zurechtzurücken. Seit sich abzeichnet, dass die EU mit viel Geld gegen die Viruslast in der europäischen Wirtschaft angehen will (siehe oben), hat sich in der deutschen Öffentlichkeit ein ziemlich schiefes Bild festgesetzt, oder besser: Es wurde reaktiviert. Die Leute sind sich erstaunlich einig, egal, ob sie mögliche Finanzhilfen als Beitrag zum Schlendrian ablehnen oder als Akt der Solidarität einfordern: „Der“ Norden des Kontinents zahle für „den“ Süden. Konkreter: „Die“ Deutschen müssten für „die“ Italiener blechen. So war es doch schon immer, auch in der Euro-Krise 2010 bis 2012. Oder etwa nicht?

Nein, so war und ist es nicht. In der Euro-Krise haben die wechselnden römischen Regierungen nie auch nur einen Cent an Hilfskrediten erhalten. Im Gegenteil: Sie haben sich an den Bürgschaften für die klammen Länder der Währungsgemeinschaft mit 125 Milliarden Euro beteiligt. Das ist nicht viel weniger als das deutsche Garantievolumen von 190 Milliarden Euro, und es entspricht dem italienischen Anteil an Bevölkerung und Wirtschaftskraft der Europäischen Union.

Schließlich ist Italien nicht nur die drittgrößte Volkswirtschaft der EU, sondern immer noch die achtgrößte des Planeten. Zwar haben sich seit den Zeiten, als das Land auf Platz fünf stand, drei Länder davorgeschoben: China, Großbritannien und Indien. Aber zumindest in Bezug auf die beiden asiatischen Länder mit ihrer Milliardenbevölkerung ist das alles andere als eine Schande.

Das ökonomische Gewicht Italiens schlägt sich auch in den Zahlungsströmen nieder: Kaum jemand weiß hierzulande, dass Italien in der EU ein Nettozahler ist. Zuletzt, im Jahr 2018, überwies das Land gut fünf Milliarden Euro mehr nach Brüssel, als es von dort aus den verschiedenen Töpfen zurückerhielt. Das entspricht ziemlich genau dem Betrag, den die beiden Nettoempfänger Spanien und Portugal zusammengekommen erhalten. Und es ist knapp halb so viel, wie der mit Abstand größte Kostgänger

Polen bekommt – ein Land, dessen ful-

minanter Wirtschaftsaufschwung der

zurückliegenden drei Jahrzehnte dem wachstumsschwachen Italien gern mal vorgehalten wird. Dabei wurde der neue Glanz der Metropole Warschau auch mit Steuergeld aus Mailand finanziert.

Auch das geplante europäische Konjunkturprogramm wird von Italien selbst mitfinanziert: Mit seinem Anteil am EU-Haushalt von zuletzt knapp 12 Prozent beteiligt sich Italien an der späteren Rückzahlung der Anleihen, die Brüssel jetzt auflegt. Das Land gewährt sich gewissermaßen selbst einen Kredit. Weil Italien von der Corona-Krise aber besonders stark betroffen war, wird sein Anteil an den Fördermitteln diesmal sehr viel höher ausfallen, so dass Rom vorübergehend zum Nettoempfänger mutiert. Das klappt allerdings nur, wenn die italienische Verwaltung am Ende überhaupt genügend förderfähige Projekte präsentieren kann, die zu den Kriterien des Programms passen.

Auch das Bild, der italienische Staat ignoriere nach Herzenslust europäische Fiskalregeln, trifft so allgemein nicht zu. Zwar hat das Land einen Schuldenberg von gut 130 Prozent seiner jährlichen Wirtschaftsleistung aufgetürmt – allerdings nicht erst in jüngster Zeit, sondern über viele

Jahrzehnte. Und die offizielle, im Vertrag von Maastricht vereinbarte Schuldengrenze von 60 Prozent hielten selbst vor Corona nur die wenigsten Euroländer ein – unter den Westeuropäern allein Luxemburg, die Niederlande, die skandinavischen Staaten und zuletzt mit knapper Not auch Deutschland. Österreich, das jetzt den selbsternannten Club der Sparsamen anführt, zählte mit einer Schuldenquote von 70 Prozent nicht zu den Regeltreuen.

In Italien war seit 2013, dem ersten Jahr nach überstandener Euro-Krise, die Gesamtverschuldung einigermaßen konstant. Die Grenze für die jährliche Neuverschuldung, 3 Prozent des BIP, hat das Land seither nie mehr gerissen. Im vorigen Jahr schloss der Staatshaushalt mit

einem Defizit von 1,6 Prozent ab.

Wie viel ökonomische Potenz das Land noch aufzubieten hat, zeigte sich in den zurückliegenden Monaten auf schmerzliche Weise. Dass in Deutschland die Autofabriken zeitweise stillstanden, lag nicht nur am Gesundheitsschutz für die Mitarbeiter oder an fehlender Kundschaft. Es lag auch an fehlenden Teilen durch den viel härteren Lockdown in Italien. Allein Volkswagen bezieht bis zu 20000 Einzelprodukte von italienischen Zulieferern.

Im wohlhabenden Norden des Landes existiert noch immer ein dichtes Netz

erfolgreicher Mittelständler, von denen nicht wenige auf ihrem Spezialgebiet die Weltmarktführer sind. Was dem Land fehlt, sind nach dem Niedergang von Fiat und Olivetti international agierende Großkonzerne und auf der anderen Seite eine innovative Gründerszene. Lange Zeit hatte sich in Italien eine vergleichsweise konservative Wirtschaftskultur er-

halten, mit vielen kleinen Einzelhändlern zum Beispiel, die ungern Steuern zahlten und deshalb ihren Gesinnungsgenossen Silvio Berlusconi wählten.

Bürokratische Hürden, klientelistische Strukturen und im Süden auch der mafiöse Einfluss sorgten dafür, dass viele internationale Firmen von einem Engagement in Italien zurückschreckten. Die

geringere internationale Verflechtung machte das Land einst relativ immun gegen Krisen. In der Ära beschleunigter Globalisierung seit den neunziger Jahren behinderte es aber das Wachstum.

In der aktuellen Gesundheitskrise machten die italienischen Behörden – anders als im diesmal vorbildlichen Griechenland – zwar einige Fehler, die zur frühen Verbreitung des Virus in Krankenhäusern und Altenheimen beitrugen. Doch hatte Italien als erstes stark betroffenes europäisches Land eben auch keinerlei Vorbilder, wie eine westliche Demokratie in einem solchen Fall reagieren kann. Deutschland war genauso wenig vorbereitet, bis die Bilder aus Bergamo eintrafen. Nach dem aufrüttelnden Facebook-Post eines italienischen Arztes dauerte es nur wenige Tage, bis die Berliner Bundeskanzlerin das Krisenmanagement übernahm. Vermutlich verhinderte erst das italienische Drama, dass es in Deutschland genauso schlimm kam.

Italiens größtes Problem bleiben die schwierigen politischen Verhältnisse, die durchgreifende Reformen gleich welcher politischen Ausrichtung nahezu unmöglich machen. Auch hier war das Land früher dran als andere: Es erlebte mit dem Zusammenbruch des traditionellen Parteiensystems schon 1992, was sich in anderen Ländern erst später vollzog. Auch in Deutschland kann es inzwischen ein halbes Jahr dauern, bis nach einer Wahl überhaupt eine Regierung zustande kommt. So lange haben die Italiener bisher noch nie gebraucht.

